



Nr. 402. Mittag-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 29. August 1879.

Deutschland.

Berlin, 28. August. [Amtliches.] Se. Majestät Kaiser hat im Namen des Reiches den Kaufmann P. Thygesen in Randers (Dänemark) zum Consul ernannt.

Se. Majestät der Kaiser hat den Gemeinderath und bisherigen Beigeordneten Franz Christian, Notar zu Busendorf, zum Bürgermeister dieser Gemeinde, und den Gemeinderath Peter Luxembourg, Gutsbesitzer derselben, zum Beigeordneten derselben Gemeinde ernannt.

Bei dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist der bisherige Eisenbahnssekretär Schulte das Gebeinen expedirenden Secretär und Calculator ernannt. — Der zur Zeit bei dem Werra-Schleusenbau, sowie bei dem Bau der Fulda-Brücke bei Münden beschäftigte Regierungs-Baumeister Otto Treppin in Münden ist zum königlichen Wasser-Baumeister derselbst ernannt worden.

Berlin, 28. August. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm am Dienstag militärische Meldungen sowie die Vorträge des Kriegs-Ministers, des Chefs der Admiralität und des Chefs des Militärcabinets entgegen. Nachmittags um 4½ Uhr fand auf Schloss Babelsberg ein kleines Diner statt. — Gestern hörte Se. Majestät die Vorträge des Staatssekretärs, Staatsminister v. Bülow und des Geheimen Ober-Regierung-Raths Anders vom Civil-Cabinet.

Beide Kaiserliche Majestäten empfingen gestern Vormittag den Besuch des Prinzen der und Prinzessin Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg und gaben ein Diner für die Großfürsten Vladimir und Alexis von Russland. (R.-Anz.)

= Berlin, 28. August. [Die politische Bedeutung der Mission Mantuussels. — Die Zusammenkunft Andrassy's mit Bismarck. — Reise der Kronprinzessin. — Branntweinsteuern. — Verhandlungen mit der Curie.] In gut unterrichteten Kreisen hebt man mit Betonung hervor, daß die Sendung des Feldmarschall Mantuussel an den Kaiser von Russland keineswegs die Bedeutung einer bloßen Höflichkeitsbezeugung, sondern einen eminent politischen Charakter habe. Es wird nachträglich bekannt, daß die Sendung in Übereinstimmung mit dem Fürsten Bismarck erfolgt und daß bis vor wenigen Tagen ein lebhafter telegraphischer Verkehr zwischen Bismarck und Mantuussel stattgefunden hat. Die Mission, so sagt man, sei so wichtig, als nur jemals eine gewesen, welche dem Fehn. von Mantuussel in früherer Zeit übertragen war. Es dürfte sich um Ausgleichung von Differenzen handeln, welche sich auf die Congresszeit zurückführen lassen und seitdem durch die bekannten persönlichen Verhältnisse zwischen den beiden Reichskanzlern von Deutschland und Russland noch gewachsen sind.

Man will nicht einräumen, daß diese Differenzen Dimensionen angenommen hätten, welche ernsteren Bedenken Raum ließen, sondern sucht zu verbreiten, daß es sich nur darum handle, den geeigneten Moment der jetzt noch leicht zu erzielenden Versöhnung nicht unbewußt vorübergehen zu lassen. — Die Zusammenkunft des Grafen Andrassy mit dem Fürsten Bismarck in Gastein wurde vielfach besprochen. Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit der intimen Beziehungen, welche die beiden Staatsmänner während des Congresses nahe gebracht hatten und es scheint, daß vor dem Rücktritte Andrassy's nach dieser Richtung hin Verabredungen erfolgt sind, welche die Festhaltung der bisherigen gemeinsamen Politik der beiden Nachbarstaaten betreffen. Uebrigens wird versichert, daß in derselben durch die Berufung des Baron Haymerle an Stelle des Grafen Andrassy auch nicht entfernt eine Veränderung zu befürchten ist. — Ihre E. E. Hoheit die Frau Kronprinzessin verläßt Berlin am 1. September für längere Zeit. Es ist noch unentschieden, ob die Kronprinzessin direct nach Triest gehen oder vorher einen Aufenthalt in einem Bade Steiermarks an der österreichischen Südbahn nehmen wird. Jedenfalls geht die Kronprinzessin nur mit einem ganz kleinen Gefolge auf die Reise.

— Von den Steuer-Objecten, hinsichtlich deren eine erhöhte Ertragsfähigkeit in das Auge gefaßt ist, dürfte allerdings dem Branntwein zunächst ein Vorzug eingeräumt werden. Es ist richtig, daß während der Amtshäufigkeit des Finanzministers Hobrecht Vorbereitungen hierzu angeordnet waren. Dieselben ruhen indessen augenblicklich und es ist noch nicht abzusehen, wann ihre Wiederaufnahme erfolgen möchte. — Wie von unterrichteter Seite verlautet, ist die Annahme, als ruhten die Verhandlungen zwischen der Staatsregierung und der österreichischen Curie, durchaus haltlos. Es wird vielmehr über eine zu erzielende Versöhnung dauernd hin und her correspondirt, indessen allem Anschein nach ohne besonderen Erfolg.

[Der Entwurf des Wahlprogramms der national-liberalen Partei,] welcher in einer am Sonntag stattgehabten vertraulichen Besprechung national-liberaler Abgeordneter angenommen wurde, hat nach einer Berliner Correspondenz der „N. Fr. Pr.“ folgenden Wortlaut:

In wenigen Wochen werden die preußischen Wähler zur Neuwahl von Abgeordneten berufen. Die große Bedeutung, welche diese Wahlen für unsre ganze innere Entwicklung haben, legt unsren Freunden im Lande vererbte Pflichten auf. Unsre Gegner haben sich bereits zu dem Rufe vereinigt: „Niederwerfung der liberalen Majorität im Abgeordnetenhaus, Umkehr in der Gesetzgebung, Umkehr in Schule und Kirche!“ In der Staatsregierung sind während der letzten Wochen wesentliche Veränderungen eingetreten. Ueber den Gang, welchen unsere innere Politik nehmen wird, berichten in weiten Kreisen Zweifel und Unsicherheit.

Die handelspolitischen Fragen, welche in dem deutschen Reichstage so heftige Kämpfe hervorgerufen haben, werden den preußischen Landtag nicht beschäftigen. Wohl aber sind wir Alle einig in der Überzeugung, daß hoch über den Sonderinteressen stets das Gemeinwohl stehen muß, daß auch das materielle Gedanke des Volkes abhängig ist von der Festigung und dem Geiste seiner politischen Organisation und daß vor Allem der deutsche Nationalstaat seiner Kraft nicht entbehren kann, welche durch freiheitliche Institutionen erzeugt und erhalten wird.

Unsre verfassungsmäßigen Einrichtungen und die Rechte der Volksvertretung wollen wir ungeschmälert aufrecht erhalten; wir wollen insbesondere keine Änderung der Verfassungsbestimmungen, welche der Staatsregierung die Pflicht auferlegen, jährlich den Landtag zu berufen und demselben den Staatshaushaltsetat vorzulegen.

Unter ausdrücklicher Genehmigung seitens der Krone hat auf das Antragen unserer Partei die Staatsregierung in der letzten Session eine Erklärung abgegeben, welche für die Zukunft dem Landtage einen wirtschaftlichen Aufschwung der Höhe der direkten Steuern einkünftigt. Dieses auf die Bemischung der Höhe der direkten Steuern einwirkende Recht zur Wahrheit werde, und daß der Vermehrung der Last indirekter Steuern, welche jetzt eine feststehende Thatstätte ist, nach Maßgabe vorhandener Mittel, eine Entlastung bezüglich der direkten Steuern zu Gunsten der ärmeren und mittleren Volksschichten, sowie eine Erleichterung der durch Abvalzung staatlicher Ausgaben über bürdeten Gemeindeverbände nachfolge.

Auch wir wünschen mit dem ganzen Volke lebhaft die baldige Herbeiführung des kirchlichen Friedens. Dem Ruf aber nach Aushebung oder Säkularisation der Mai-Gesetze werden wir entgegentreten. Kann eine Revision derselben den Streit zwischen dem Staat und der katholischen Kirche schlichten, so werden wir uns derselben nicht widersehen, vorausgesetzt, daß dadurch die dem Staat allein kirchlichen Verbänden gegenüber unentbehrlichen Rechte nicht beeinträchtigt werden.

Das Gesetz über die Schulaufsicht wollen wir nicht freigeben. Wir werden dahin wirken, daß bis zum Abschluß des nach wie vor von uns erstrebten Unterrichtsgesetzes die Verwaltung der Schule in demselben Geiste geführt werde, welcher die Amtsführung des Ministers Halt befahlte.

In der Reform unserer inneren Verwaltung ist seit mehreren Jahren ein Stillstand eingetreten. Das Reformwerk ist unvollendet geblieben. Noch fehlt die unerlässliche Grundlage, eine den Anforderungen der Gegenwart entsprechende Landgemeinde-Ordnung; noch besteht die alte Organisation der Bevölkerung; noch fehlt die Ausdehnung der Silberverwaltung auf den ganzen Staat. Soll das preußische Volk endlich der Vorzüge dieser Reform beiaffig werden, so ist dieselbe nach einem festen, einheitlichen Plan zum Abschluß zu bringen. Wir werden dabei unter Festhaltung der Grundlagen der Reformgesetze im Wesentlichen auf eine klarere Regelung der Kompetenzen, Vereinfachung des Instanzenzuges und Billigkeit der Einrichtungen, sowie des Verfahrens hinwirken.

An die Prüfung der zu erwartenden Vorlagen über den Anlauf von Eisenbahnen werden wir mit Unbefangenheit herantreten. Wie auch der Einzelne über die weitere Verstaatlichung der Eisenbahnen denken mag, wir werden gemeinsam dafür Sorge tragen, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates nicht beeinträchtigt und daß die Garantien, welche gegenüber der Ausdehnung der Befugnisse der Verwaltung, gegen Missbrauch auf wirtschaftlichem sowie auch auf politischem Gebiete notwendig erscheinen, hergestellt werden.

Wir wollen eine sparsame Verwaltung, wie sie unsere wirtschaftlichen Verhältnisse bedingen, wir wollen die altbewährten finanziellen Traditionen des preußischen Staates aufrecht erhalten.

Je ernster und schwieriger die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich gestaltet haben, desto dringender mahnt die Pflicht jeden aufrichtigen Anhänger der liberalen Sache, alle Kräfte dafür einzulegen, daß die Stimme des freisinnigen Bürgerthums in Stadt und Land in der Volksvertretung zu kräftigem Ausdruck gelange und daß den liberalen Mittelparteien derjenige Einfluß gewahrt bleibe, welcher die unerlässliche Bedingung für den stetigen Ausbau unseres Verfassungstaates ist. Nur so kann den Schwankungen entgegengewirkt werden, welche die ruhige Entwicklung unseres politischen und sozialen Lebens bedrohen.

Wir treten auch in den bevorstehenden Wahlkampf ein in unverbrüchlicher Treue für unseren Kaiser und König, mit dem festen Entschluß, daß Verfassungskredit des Landes gegen jeden Angriff zu wahren, und mit dem aufrichtigen Bestreben, in rein sachlicher Prüfung aller Gesetzesvorlagen unsere Kräfte einzufügen, wo es gilt, die Wohlfahrt aller Klassen der Bevölkerung gleichmäßig durch eine gerechte, besonnene und sparsame Verwaltung zu fördern.

[Die evangelisch-lutherische August-Conferenz] trat, wie die „Nat. Blg.“ berichtet, gestern wieder einmal in dem Saale der Reichshallen zusammen, diesmal nicht unter dem Vorzeichen des Grafen Krafft, der erkrankt war, sondern unter dem des Superintendents Meinhold (Camil), der neben seinem Landsmann von Kleist-Reckom und neben Herrn Pastor Lauschner Platz genommen hatte. Die Conferenz ist von etwa 400 Personen besucht, auch auf den Tribünen hat ein zahlreiches Publikum Platz genommen. Dieses Interesse ist begreiflich, denn es war vorauszusehen, daß jetzt, wo Halt seinen Posten verlässt, diese Herren für den bisherigen Cultusminister eine Todtentseiter nach ihrer Art veranstalten würden. Nach einem Eingangsgebet des Vorsitzenden, in welchem er u. A. auch die Bitte aussprach, daß der liebe Gott „jedes ungescheite Wort“ von den Rednern abwenden möge, ging es sofort an eine carrière wider die Aera Halt und Herr Redacteur Diez (Elbersfeld) eröffneten den Kampf mit einem Vortrage über „die moderne Behandlung der Volksschule in ihren Folgen für das Gemeinwohl.“ Der Redner führte seine Hiebe gegen Halt, die Simultanschule und den „Diesterweg'schen Idealmenschen“ sehr gemüthlich und sehr iridial. Er hatte mit bewundernswürdigem Fleiß aller Klauen und schlechten Witten, die in irgend welchen frommen Provinzial-Blättlein aufzutreiben waren, zusammengebracht, um zu zeigen, welch' entsetzliche Institution die Simultanschulen seien, die vom Christenthum nichts wissen wollen, „weil dies die Judenfinder beleidigen könnte.“ Unter den vielen Späßen, die Herr Diez aufstösste, um zu zeigen, daß die Simultanschule eine „pädagogische Kurzwarenhandlung“ sei, die Grenzen zu weit und die Ziele zu hoch stelle, mit wächtern Flügeln zur Sonne fliege und eine Gedankenkreislaufanstalt sei, an deren Kopf geschrieben werden müsse: „de nihilo“, legte er auch das kleine Mädchen, welches auf die Frage: wo Mantua liege? antwortete: „In Banden!“ ferner die Sittenverminderung, die „Schulnoten mit Brillen“, die „Schulmädchen mit Nerven“, der Simultanschule indirect zur Last, ebenso den schwindenden Patriotismus und die Vaterlandsliebe. Auch Queva, der Drehorgel-Barde, Lieder von „Augusten der Verwöhnten“, „Du bist verrückt mein Kind“ und andere schöne Dinge wurden gegen die Simultanschule angeführt. Der Vortrag gipfelte in einer Anzahl von Resolutionen, die nach längere Discussion angenommen wurden.

[Pensionsetat für Volksschullehrer.] Bei Auflistung des diesjährigen preußischen Staatshaushaltsetats wird auch die Frage, ob der Pensionsetat für die Volksschullehrer zu erhöhen sei, einer Prüfung unterzogen. Anlaß für diese Prüfung bietet der in der letzten Session des Abgeordnetenhauses angemessene Antrag der Unterrichts-Commission, worin die Regierung aufgefordert wird, dem Landtage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf, betreffend das Pensionswesen der Volksschullehrer vorzulegen, nach welchem den Lehrern ein bestimmter, nach dem Dienstkommen und Dienstalter zu bemessender Pensionsanspruch zuerkannt wird und im Etat bis zur gesetzlichen Regelung des Pensionswesens der Volksschullehrer die Fonds zu Ruhegehaltszuläufen und Unterstützungen für emeritierte Elementarlehrer und Lehrerinnen um mindestens 300,000 Mark verklärt werden. Die Staatsregierung hat um so mehr die Verpflichtung, diese so notwendige Erhöhung des Etats vorzunehmen, da doch durch ihre Schuld bis heute dem Landtage noch kein Unterrichtsgesetz vorgelegt worden ist. Da dessen Vertagung als sicher angenommen werden kann, so ist um so dringender die Regelung der Gebalto- und Pensionsverhältnisse der Lehrer erforderlich, und sind hierüber auch fast alle Parteien ohne Unterschied der politischen Ansichten einig. Ferner ist noch auf die in der letzten Session angemessene Resolution hinzzuweisen, in welcher die Staatsregierung erachtet, daß die Abänderung des Gesetzes vom 22. December 1869 dahin vorzulegen, daß die den Hinterbliebenen der Kassenmitglieder zu zahlende Pension vom 1. April 1880 ab auf mindestens 200 M. festgelegt und die Verpflichtung der Capitalisierung von Antrittsgeldern und Stellenvermögen aufgehoben wird.

[Das dritte Kriegsgericht in Angelegenheit des „Großen Kurfürsten.“] In Sachen der Untersuchung gegen den Grafen Monts finden wir in der „Leipz. Z.“, dem Organe der sächsischen Regierung, nachstehende Mittheilung aus Berlin, welche einer der Admiraltäte nahe stehenden Seite zu entstammen scheint. „Das dritte Kriegsgericht über den Capitän z. S., Grafen v. Monts, ehemaligen Commandanten des „Großen Kurfürsten“, das am 22. d. begonnen, hat am 25. d. seine Sitzungen beendet und gibt das Urteil nun an das I. General-Auditorial zur Begutachtung, ehe es dem Kaiser zur Bestätigung vorgelegt wird. Das Personal, aus einem Vorgericht und 6 Mitgliedern bestehend, war aus 4 Mitgliedern der Marine und 3 der Armee gebildet, bestand demnach in der Mehrzahl aus Mitgliedern der Marine und waren die Uebrigen auch aus derselben genommen worden, wenn dieselben überhaupt vorhanden gewesen wären. Ueber den Ausfall des Urteils verlautet natürlich nichts, doch nimmt man an, daß dasselbe diesmal kein freisprechendes gewesen ist, da trotz der glänzenden Vertheidigungrede des Angeklagten, Grafen von Monts, ein Versuch mit

dem Modell des „Großen Kurfürsten“ am 23. d. auf dem Springbrunnen-Bassin im Garten der Admiraltät auf das Urteil der Mitglieder des Kriegsgerichts sehr ungünstig eingewirkt haben soll. Diese Versuche hatten nämlich ganz denselben Erfolg, wie solche, die einige Tage vorher vor dem Chef der Admiraltät stattfanden, indem sich anfangs bei geschlossenen Compartimenten und geöffnetem Deck (dies durch den Sporn des „König Wilhelm“ veranlaßte Loch war an dem Modell zuerst zugelassen) die ersten mit Wasser füllten und das Schiff sich nur leicht auf die Seite legte; füch dagegen bei dem zweiten Versuch mit geöffneten Compartimenten die Katastrofe vom 31. Mai 1878, indem sich das Schiff scharf an die Seite legte und kenterte, wiederholte. Graf v. Monts soll allerdings behaupten, daß er vor der Katastrophe befohlen habe, die Compartimente zu schließen, wie es die Anstruktion bei enger Fahrordnung eines Geschwaders vorschreibt. Dieser Punkt ist aber deshalb unaufgelistet geblieben, weil der betreffende Offizier, dem der Graf von Monts diesen Befehl ertheilt haben will, der Captain-Lieutenant Luwig, bei dem Untergange des Schiffes den Tod gefunden hat. Dagegen soll nach der Aussage des Corvetten-Captains Krostitus, damals erster Offizier auf dem „Großen Kurfürsten“, festgestellt, daß der Befehl zum Schließen der Compartimente zu spät ausgeführt und durch Gegenstände, die nicht dahin gehörten, wie Türe etc., erschwert worden ist. Jedenfalls steht fest, daß dieser Befehl von dem Commandanten des Schiffes selbst nicht überwacht worden ist, und glaubt man deshalb auch, daß der Graf v. Monts diesmal verurtheilt werden ist.

Köln, 27. August. [Gegen den früheren Erzbischof von Köln, Dr. Paulus Melchers.] ohne bekannten Wohn- und Aufenthaltsort, wurde gestern vor dem Zuchtpolizeigerichte verhandelt; desgleichen gegen den Verlagsbuchhändler Joseph Bachem in Köln wegen der Beschuldigung, im Jahre 1879 zu Köln: ad mittel einer von ihm verfaßten und der Öffentlichkeit übergebenen Druckschrift mit der Aufschrift: Eine Unterweisung über das heilige Werkopfer von Dr. Paulus Melchers, Erzbischof von Köln. Köln 1879“ eine Amtshandlung vorgenommen zu haben, nachdem er durch Erkenntnis des königlichen Gerichtshofes für geistliche Angelegenheiten am 28. Juli 1876 aus seinem Amt als Erzbischof von Köln entlassen worden ist, und den Titel eines Erzbischofs von Köln unbefugt angenommen zu haben; ad 2 als Drucker und Verleger der vorliegenden erwähnten Druckschrift und durch deren Veröffentlichung und Verbreitung dem Dr. Paulus Melchers zur Begehung des vorliebend bezeichneten Vergehens wissenschaftliche Hilfe geleistet zu haben. Gegen Melchers wurde in contumaciam verhandelt. Der Staatsanwalt beantragte gegen denselben eine Geldbuße von sechshundert Mark und eine Haftstrafe von sechs Wochen; gegen den zweiten Beschuldigten eine Geldbuße von dreihundert Mark. Das Gericht verurtheilte nur Dr. Paulus Melchers wegen unbefugter Annahme des Titels „Erzbischof von Köln“ zu einer Geldbuße von fünfhundert Mark und sprach die beiden Beschuldigten frei.

△ Stuttgart, 26. August. [Der 20. Vereinstag der deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften. V.] Die Nachmittags-Sitzung der zweiten Hauptversammlung hatte zum ersten Gegenstand der Beratung einen Antrag des engen Ausschusses, betreffend die weite Schäden des Bürgerthums süddeutscher und sächsischer Städte aufregenden Hebereien gegen die Consumvereine. In Stuttgart selbst treten diese Hebereien den deutschen Genossenschaften in gehäuftiger Weise entgegen, indem auf der Straße unmittelbar vor dem Versammlungslocal, der Liederhalle, eine Schmähschrift unter dem Titel: „Der Spar- und Consum-Verein Stuttgart oder der Ruin des Bürgerthums“ für den Preis von 5 Pf. vergeben wird. Der hiesige Spar- und Consumverein ist freilich für die Kaufleute ein unangenehmer Konkurrent; im Jahre 1878 betrug der Verkaufs-Erlös in seinen 13 Verkaufsläden bei einer Mitgliederzahl von 3375 1.032.481 Mark, während im sogenannten Markengeschäft mit Lieferanten noch 876.804 Mark eingenommen wurden. Aus Beratungen, welche, wie auf früheren Vereinstagen, die Vertreter von Consumvereinen vor den allgemeinen Sitzungen über ihre Angelegenheiten gesprochen hatten, war der Anlaß geworden, durch eine Resolution der Vertreter aller Arten Genossenschaften jener Agitation entgegenzutreten. Der engere Ausschuss bat der Anregung der zu ihm gehörenden acht Directoren von Consumvereins-Verbänden Folge gegeben und schlug jetzt eine, in allen ihren Positionen einstimmig von ihm angenommene Resolution dahin vor:

„Angesichts der Agitation, mit welcher an verschiedenen Orten gegen die Thätigkeit der Consumvereine angekämpft wird, erklärt der allgemeine Vereinstag:

1) Es ist Pflicht aller Vereine, streng über die gesunde Organisation, tüchtige Verwaltung, Fernhaltung aller Mißbräuche, Beachtung der Beschlüsse der Vereins- und Verbandstage zu wachen, insbesondere aber an dem Prinzip der Baarzahlung festzuhalten und jedes Borgsystem auszuschließen.

2) Unter der Voraussetzung, daß diese Pflicht überall anerkannt und erfüllt wird, protestiert der allgemeine Vereinstag gegen die häufig unterlaufenen Verdächtigungen, als ob durch Ausdehnung der Vereins-Warenlager über den engsten Kreis der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse hinaus, durch den Beitrag von Mitgliedern aus allen Berufsläufen, durch den Abschluß von Marken-Verträgen, durch den Verkauf an Nichtmitglieder, durch Festhaltung an dem Prinzip der Steuerfreiheit, für den Umlauf an Mitglieder u. s. w. Gesetz und Recht und die Grundidee der genossenschaftlichen Verbindung verletzt würden.

3) Der allgemeine Vereinstag weiß die Behauptung, die Thätigkeit der Consumvereine beruhe auf socialdemokratischen Prinzipien, als unwürdig und als eine durch die ganze Geschichte des Genossenschaftswesens widerlegte Unwahrheit zurück.

4) Der allgemeine Vereinstag anerkennt ausdrücklich die Consumvereine als ein wichtiges Glied in der Kette des deutschen Genossenschaftswesens und spricht deshalb die Erwartung aus, daß sowohl Borsdruß- und Credit-Vereine, als alle anderen Arten von Genossenschaften dieselben in „dem ihnen aufgeworfene Kampfe kräftig unterstützen“.

Die Resolution wurde bei ihrer Verleistung mit allgemeinem Beifall begrüßt. Das Bewußtsein der Solidarität aller Arten Genossenschaften im Kampfe gegen Reider und Schmäher ihrer Bestrebungen hat die allgemeinen Vereinstage, wo in den Vertretern von Borsdruß- und Creditvereinen nicht wenige Kleinhändler, also Concurrenten der Consumvereine, anwesend sind, längst fest durchdrungen, so daß der engere Ausschuss mit seiner Resolution, die

walts-Punkt und behauptete aus seiner Praxis als Leiter eines vor 16 Jahren gegen die damals in Rheinland und Westphalen so bestig aufstrebenden Lassalle'schen Bestrebungen gegründeten Vereins, dass keine Form der Genossenschaft in so diametralen Gegensatz zum Socialismus stehe, als die Consumvereine. Die Isolierung der Gesellschaftsklassen von einander sei die Hauptursache, wenn in dem Fabrikarbeiter in den großen Industriestätten das Gefühl der Mitleid und des Hasses gegen den Arbeitgeber emporwachse. Die Berathungen im Ausschuss und in der Generalversammlung, wo alle Gesellschaftsklassen im gemeinsamen Streben zusammentreffen, gewähren den besten Boden, auf dem sich die Versöhnung der Interessen vollzieht. Das Consumvereinswesen habe erheblich dazu beigetragen, dass in der Stadt Lüdenscheid, mitten in den von Socialisten durchwühlten Industriebezirken der Mark und der bergischen Lande, heut kein einziger Socialdemokrat zu finden sei.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Damit waren die Anträge über gemeinsame Angelegenheiten der Genossenschaften beendigt und es bleiben nur noch die besonderen Angelegenheiten der Consumvereine übrig.

Deutschland.

* * Wien, 27. Aug. [Andrássy's Rücktritt. — Czechische Invectiven.] Die sogenannten Enttäuschungen, die Graf Andrássy einem journalistischen Interviewer über seinen Rücktritt gegeben, verhindern nicht einmal den „Pester Lloyd“ zu beruhigen. Enthalten die breitspurigen Auseinandersetzungen doch absolut nichts, als nur die landläufigen offiziellen Darlegungen, die den eigentlichen Kern der Frage nicht einmal berühren. Der Punkt, auf dem es ankommt, ist jedoch: warum forciert Andrássy so plötzlich, so eilig, so kategorisch seine sofortige Demission in eben dem Zeitpunkt, wo die sehr fatale Wendung, die der czechische Ausgleich nimmt, selbst die Ungarn mit gutem Grunde für das ganze Gebäude des parlamentarischen Dualismus ernstlich besorgt macht? Auf diese Frage, in deren Beantwortung allein die Entscheidung liegt, erhalten wir nicht nur keine Auskunft: Graf Andrássy übergeht dieselbe auch, genau so, wie seine Offiziere mit völlem Stillschweigen; er ignorirt sie einfach, als verstände er sie nicht. Der Unbefangene hat damit freilich genügende Aufklärung, denn „keine Antwort ist auch eine Antwort“. Wenn Graf Andrássy gelegentlich des „Interviews“ gesagt, er habe mit den maßgebenden Kreisen, namentlich mit den militärischen, im besten Einverständnis gelebt und gehandelt, so ist das wohl zum grano salis zu verstehen. Denn in eben jenem Interview protestierte er feierlich gegen jede Absicht, die Worrückung an die Lim-Linie als eine Ersparnis zum Marsch auf Saloniki zu betrachten, oder überhaupt aus dem ganzen Unternehmen mehr als eine kleine Expedition mit geringen Mitteln und ohne weitgreifende Consequenzen zu machen. Die Militärpartei dagegen findet den Augenblick passend, um in hochoffiziösen Correspondenzen, z. B. der „Bohemia“, nachdrücklich hervorzuheben, die Occupation des Lim sei nur der Anfang, der Marsch au dela de Mitrovitsa werde in nicht ferner Zeit nachfolgen. Haben doch die Militärs erst unlängst offen gesagt, unser Ziel läge im „got-begnadeten“ Umselbst, dessen Besitzer „der Balkanhalbinsel das Gesetz dictire!“ Deshalb wollen sie auch den Marsch nach dem Lim nicht wie einen Honvedritt antreten, sondern vorher drei feste Brückenköpfe an der Drina etablieren, starke Redouten bei Cajnica anlegen, große Magazine bei Royalica, Bischofgrad und Gorazda errichten. Haben wir hier den einen Grund, weshalb Andrássy geht, so ist der andere wahrlich auch nicht schwer zu ergründen: nur darf man sich nicht an die Offiziere und an die Interviewers halten. Herr Riegers „Pokoř“ droht den Deutschen schon ganz offen mit „Suspension des Parlamentarismus und der Freiheit“ in den Erblanden, wenn sie die Czechen zum Kampfe herausfordern, indem sie denselben jene „Gleichberechtigung“ versagen, als deren einzige denkbare Grundlage die Organe der Staatsrechtsler bereit wieder die Fundamentalartikel Hohenwari'scher Faktur proclamirt haben. Hier zu Lande schrekt man mit dieser Drohung kein Kind, wenn auch die theuren Offiziere sie gesperrt abdrucken, um die Verfassungspartei ins Docks-horn zu jagen. „Gleichberechtigung“ heißt im Munde der Czechen eben deren Herrschaft, und Rieger ist nur der Schlepträger jener Glam und Thun, jener feudalen Concordatsritter des böhmischen Hochadels, denen gegenüber die weißen Jacobiner aller anderen Länder noch im dunkelsten Purpurrot strahlen und die phrygische Mütze tragen. Befriedigung der Czechen also heißt ein Harakiri vor dem Kampf, der uns im Falle der Niederlage nichts Schlimmeres bringen kann! Soll aber Ungarn sich einbilden, eine solche Wendung könne seinen Parlamentarismus und seine Freiheit, ja überhaupt nur den Dualismus ungeschädigt lassen? Auch nach dieser Richtung fehlt in dem „Interview“ jede Auskunft, warum der Minister gerade die Zeit einer derartigen Gefahr zur Demission gewählt!

Frankreich.

Paris, 23. August. [Vom Prinzen Jerome.] In dem Augenblicke, in welchem mit Ach und Weh die bonapartistische Partei in Frankreich den Prinzen Jerome als ihr Oberhaupt anerkannt hat, an seine demokratisch-liberale Vergangenheit zu erinnern, ist — so schreibt man der Wiener „Presse“ — ein Act von militanter Malice, welchen sich die französischen Blätter republikanischer Richtung nicht versagen konnten. Sie citieren nämlich Ausprüche, die theils vom Prinzen selbst herrühren, theils von Anderen in seinen Salons mit seiner Zustimmung gesprochen worden sind. Obwohl aus einer vergangenen Zeit dattrend, aus einer Zeit, in welcher der Prinz sehr redselig war, während er gegenwärtig auffallend schweigsam geworden, haben sie an agitatorischer Kraft nicht Alles verloren. Es ist übrigens wahr, was Musset vom Prinzen sagte: „Er spricht gut und sagt ganz wunderbar Alles, was man nicht sagen darf!“ Die Ausführungen des Prinzen sind den Aufzeichnungen des nunmehr verstorbenen Professors der Philosophie in Oxford, Mr. Senior, entnommen, die in einer englischen Revue erschienen sind. Einige werden die Leser gewiss interessiren, in der Betrachtung, dass sie vom Oberhaupt einer Partei gesprochen worden sind, welche sich gerne zur Fahne der „Gottesfurcht und guten Sitten“ wiederum im französischen Sinne bekennt. Die Ereignisse des Jahres 1860 sind es namentlich, über welche die Aufzeichnungen des Professors Senior handeln. Dieser gelehrte Mann, der von Madame Cornu dem Prinzen vorgestellt worden war und mit ihm öfters, sei es in Paris, sei es in London, zusammengekommen ist, hatte nämlich die lösliche Gewohnheit, über alle seine Gespräche mit berühmten Persönlichkeiten ein Tagebuch zu führen. Ihm verdankt die republikanische Partei in Frankreich gegenwärtig das Vergnügen, zu wissen, wie sich Prinz Jerome damals über den Papst äußerte:

Er meinte, der Papst würde am besten ihn, Rom zu verlassen. „Denn“, sagt er, „es ist nothwendig, dass Rom die Hauptstadt Italiens werde. Rom ist die einzige Capitale, die mein Schwiegervater wählen könnte, ohne Piezon zu verstimmen und die Eifersucht der anderen historischen Städte aufzurufen. Ich sehe nämlich voraus, dass Sie nicht wollen, der Papst alle dem Könige von Italien unterthan sein. Anstatt ihm unterthan zu verbergen (in Wahrheit aber jedensfalls) wird er ein eingeleichter und unändiger Feind sein. Rom wird sich mit leinerlei Verkleinerung zufrieden geben, wird keinem sait accompii zustimmen. Es hat sich wunderbar aus Situationen emporgehoben, die verzweifelt schienen. Der päpstliche Einfluss, einst eine Zuflucht gegen den Despotismus, ist heutzutage dessen Verzeug. Alle schlechten Regierungen finden durch die Autorität oder gar durch das Beispiel des Papstes ihre Vertheidigung. Sie widersehen sich

der gefährlichen Clerus feindlich gefüllt. Es wird weiter Friede, noch eine gesuchte Freiheit in Italien herrschen, so lange der Papst daselbst bleibt. Und wo wird er hingehen? Nicht nach Vienne, wie man wollte, weil ihm dann Gaeta nicht mehr offen bliebe. Bei den gegenwärtigen Gefühlen der Italiener gegen die Deutschen würde ihn der Aufenthalt in irgend einem Theile dieses Landes der Entrüstung und Verachtung preisgeben; eine Gefahr, welche ein Schisma mit sich bringen könnte. Ein italienischer Prinz, der sein Vaterland verlassen, sich nach Deutschland flüchten würde, dürfte nicht mehr wiederkommen. Wenn der Papst also nicht Unterthan sein will, soll man ihm die Insel Elba geben, oder wenn er mehr Bevölkerung haben will, um nach Guidalton zu regieren, die Insel Sardegna. Italien würde ein gutes Geschäft machen, wenn es um diesen Preis des Papstes los würde. Aber wenn er kein Souverän sein soll, dann mag er in einer der großen Städte Spaniens wohnen, z. B. in Sevilla; da kann ihn die Kathedrale für den St. Petersdom entschädigen, und die heilige Woche in Sevilla hat beinahe ebenso viel Glanz, wie die heilige Woche in Rom!“

Man sprach auch über Garibaldi. Mac Mahon, welcher damals die Salons des Prinzen besuchte und welchen man gern in militärischen Dingen um Rath fragte, wurde ersucht, über Garibaldi ein Urtheil abzugeben. „Garibaldi“, sagte Mac Mahon, „ist, glaube ich, niemals ein General gewesen. Dazu ist ihm der beherbende Blick, die Berechnung der ferneren Resultate nach Raum und Zeit. Allein er ist ein ausgezeichnetes Kämpfer!“ Ebenso wie Mac Mahon wurde der Herzog von Grammont, damals noch ein simpler Gefandter in den Salons des Prinzen gesehen. Herz von Grammont erzählte, dass Derjenige, welcher nie in Rom gewesen, sich keinen Begriff von der daselbst herrschenden Corruption machen könnte.

„Erzählen Sie uns etwas davon!“ sagte der Prinz.

„Da ist gleich eine Thatache“, antwortete der Herzog, welche erst kürzlich geschehen ist. Eine Persönlichkeit, die ich sehe, ein ausgezeichneter Mensch, Landmann, der sich nie in Politik mischte, hörte, dass einige pontificale Güter zu vermieten wären und wollte sie nehmen. Traf es sich aber, dass auch ein Verwandter des Cardinals Antonelli sie wollte. Diese Persönlichkeit wurde also von den Sirren plötzlich beschuldigt, dass er sie beleidigt hätte. Man warf ihm in einen schrecklichen päpstlichen Kerker und hielt ihn in sehr strengem Gewahrsam, damit er seinem Agenten keine Aufträge gäbe, welche den Preis der Güter verteuern könnten. So erhielt dann Antonelli's Verwandter die Güter um die Hälfte ihres Werthes. Ich habe das vernommen, sprach beim Papst vor und erwirkte die Freilassung des Gefangenen, der, ohne mich, vielleicht heute noch im Gefängnis jährlingsolange bis man den Kerker für einen Andern gebraucht hätte.“

„Natürlich ist er da“, antwortete der Polizei-Director, „es ist Ihre Schuld! Warum sind Sie nicht früher gekommen, um zu vermitteln oder vorzubereiten? Wenn ein Mann angelagt wird, sich gegen einen von Euren Soldaten schlecht benommen zu haben, behalten wir ihn so lange im Gefängnis, bis Ihr seine Freilassung begehrst. Das ist ein schwacher Beweis unserer Dankbarkeit Euch gegenüber.“

Wie sein Onkel Napoleon I., genießt sich auch Prinz Jerome nicht, seine Meinung über Frankreich und die Franzosen zu sagen. Madame Remusat erzählt, dass Napoleon I. die Franzosen nicht achtete, dass er aber nicht wollte, man solle es erfahren. Prinz Jerome machte nicht so viel Umstände. „Der größte Fehler der Franzosen ist“, sagte er, „dass sie keinen Charakter haben. Das verröhrt sich in ihrer Sorge, dass sie in der Minorität bleiben könnten. In allen Fragen ist der Instinct der Franzosen, sich zu verichern, auf welcher Seite die Majorität ist und sich dann auf diese Seite zu stellen. Das zeigt sich auch in ihrem Mangel an Geschmeidigkeit. Sie haben kein geübtes Glückrat, ein Stob von der Regierung wirkt sie um und sie fallen betäubt nieder. Das war so auch vor dreihundert Jahren. Zu jener Zeit bestand eine ausgesprochene Gant für den Protestantismus, allein er konnte den Verfolgungen nicht widerstehen. — Ihr zweiter Fehler ist ihr Hass gegen die Oberen. Der Bauer, auf die niedrigste sociale Stufe gestellt, hat Alles, was einen Rock trägt und zugleich zeigt er denselben Hass gegen die Soutane.“

„Hast er auch den Präfekten?“ fragte Herr Senior.
„Nein! Vor Allem sieht er ihn niemals. Der Bauer klammert sich an den Präfekten als an den Feind seines Feindes, des Bourgeois!“

Bei diesem Anlaufe sprach der Prinz in pessimistischer Weise über die Arbeiterfrage. „Am meisten“, behauptete er, „hast du Arbeiter seinen Brüthern. Nach diesem hast er den Bourgeois am meisten. Louis Philippe und seine Bourgeois-Kammer waren den Arbeitern ein Gegenstand des Abscheus. Alle Arbeiter standen hinter den Barricaden gegen Louis Philippe in 1848er Jahre und gegen Cabaniac im Janni des folgenden Jahres. Der Arbeiter hat die constitutionelle Regierung mit ihrer Hierarchie der Macht. Der Bourgeois hat die ganze Welt, weil er die ganze Welt fürchtet. Er hat und fürchtet das Volk, er hat und fürchtet den Rest von Aristokratie, der noch übrig geblieben; er hat und fürchtet die Regierung, welche ihm Steuern auferlegt, ihm den Freibandel zumuthet, Krieg führt, ihn der Conscriptio unterwarf und sich in kommerzielle Fragen mischt.“ Eine Aristokratie existire nicht mehr in Frankreich; die Beamten, Redner, Schriftsteller sind etwas, so lange sie beliebt sind, oder so lange ihr Talent dauert. Aber ihr Einfluss sei vorübergehend. Die Presse sei nicht frei unter dem Empire. So lange sie frei ist, werde sie einen „nützlichen“ Einfluss nicht üben. Wohl gemerkt, einen nützlichen. Denn der brutale Einfluss, der Einfluss zum Schlechten ist sehr beträchtlich unter einem System der Bedrängung. Der Prinz will die Presse frei haben von Stempel, Caution, fiscalischen Lasten und dem Risco unterdrückt zu werden. Was er wünsche, sei aber nicht so sehr die Freiheit der Presse, als deren Anarchie. Ein Journal solle etwa mit zweihundert Abonnenten bestehen können. Gabe es dann hundert oder fünfhundert Journale, so würden ihre Herausgeber und Fehler sich gegenseitig paralyzieren!“ Freilich solle eine Verfolgung eintreten dürfen, wenn das Regierungsprincip oder die Dynastie in Frage gestellt würde.

Die Hauptunterhaltung bezog sich auf die clericale Frage und da

hat der Prinz einen bitteren Auspruch, welcher den Freunden des eben

eröffneten Culturlampes in Frankreich sehr willkommen sein wird. Pietri

machte nämlich die Bemerkung, dass der niedere Clerus noch der beste sei.

„Sagen Sie lieber“, antwortete der Prinz, „der am wenigsten schlechte.“

Eines Tages brach im Schose des Senats ein Sturm aus, weil man glaubte, ich hätte gesagt, Napoleon sei mit dem Rufe: „Nieder mit den Priestern!“ nach Frankreich zurückgeföhrt. Und wenn ich das gesagt hätte, so wäre es nur die Wahrheit... Jede Regierung, jede Partei, welche sich auf die Priester stützt, ist verloren!“

Großbritannien.

London, 21. August. [Aus Indien.] Die Räuberien der Dacois. — Neuere Nachrichten aus Indien lassen den „Nat-Ztg.“ aufsole, keinen Zweifel darüber, dass die in diesem Frühjahr in Dekkan mit so großer Rücksicht ausführten Räuberien der Dacois, welche schließlich für die Regierung beunruhigende Dimensionen annahmen, mit einer großartigen Brahminen-Verschwörung im Zusammenhang standen, die nichts geringeres beweiste, als die britische Herrschaft zu stürzen. Zunächst sollten die Räuberien im ganzen Reiche Unruhe hervorrufen und im Auslande die Meinung erwecken, dass in Indien allgemeine Unzufriedenheit herrsche und die Hungersnoth die Bewohner zwinge, ihre Zuflucht zu Räuberien zu nehmen. Es ist dem Polizeichef Major Daniell endlich gelungen, den Anführer dieser Räuberien und der ganzen Verschwörung, den Brahminen Wassadim Bulwunt Phadke, festzunehmen und dem Gericht zu überliefern. Nach großen Mühen und Anstrengungen entdeckte der Major den verwegenen Brahminen in dem Dorfe Deboga in einem Tempel schlafend an der Seite seines Gefährten Gopal Morechwur. Beide wurden überwältigt und dingfest gemacht. Man fand bei Wassadim wichtige Papiere, unter anderem auch den Organisationsplan der Verschwörung. Es fehlt natürlich nicht an Vermutungen, welche die Urheberschaft des großartig angelegten Verschwörungsplanes auf russische Agenten zurückzuführen. Jedenfalls ist die Regierung gewarnt und sie ist stark genug, um solche Verschwörungen im Keime zu ersticken.

Nußland.

St. Petersburg, 25. Aug. [Vom Kaspiischen Meer. — Rückkehr der Garden. — Abreise des Kaisers. — Prozesse.] Die neuesten Nachrichten vom Kaspiischen Meere lauten dahin, dass das bisher in Tschitschihar im Lager befindlich gewesene

Detachement nach Tschat und Dus-Oulum den 20. Juli aufgebrochen sei; dasselbe marschiert in kleinen Echelons zu 2—4 Compagnien und vermeidet durch diese Anordnung nicht das zu schnelle Erschöpfen der 24—35 Werst von einander gelegenen Brunnen, sondern eine zu gross Anhäufung von Proviant- und Fouragewagen, die leicht Störungen in der Versorgung hervorrufen kann. Sämtliche disponiblen Fuhrwerke schaffen Lebensmittel und Futter nach Tschat und Dus-Oulum. In ersterem Ort ist eine Sanitäts-Abtheilung des rothen Kreuzes bereits eingerückt. Besondere Krankheiten, außer den bereits graffirenden Augenkrankheiten, Durchfällen und einigen ver einzelten Skorbuterscheinungen, sollen auf dem Marsche bisher nicht bemerkt worden sein; doch melden Leute aus Tschat, dass dort Blut durchfall und eine Art Fieber herrsche, dem 25 p.C. der Erkrankten zum Opfer fielen. Die telegraphische Verbindung zwischen Tschitschihar nach Astrabad und Teheran mit der indo-europäischen Telegraphenlinie wird in nächster Zeit beendet sein. — Unsere Garden sind in ihre Stadtquartiere eingerückt und haben der Residenz das bekannte charakteristische Gepräge wieder aufgedrückt. Am Schluss des letzten Manöverfestes, an dem um den Besitz von Zarstoje-Selo gekämpft wurde, verabschiedete sich der Kaiser von den zahlreich anwesenden fremdländischen Offizieren und ernannte auf dem „Schlachtfelde“ über ein halbes Tausend Fähnrichen der verschiedenen Militär-Schulen und Cadetten-Anstalten zu Offizieren (Junker resp. Cornets).

Die jungen Vaterlandsverteidiger, denen noch Tags vorher als Schülern höherer Lehranstalten der Besuch der meisten Vergnügungslocalen verboten gewesen, benutzt Abends dafür reichlich ihre junge Freiheit. — Wie ich Ihnen bereits meldete, erfolgt übermorgen die Abreise des Kaisers nach Livadia. Für das auswärtige Amt begleitet ihn, wie in den letzten Jahren gewöhnlich, Geheimrat Giers. In Warschau findet, wie jetzt bestimmt aus einer kaiserlichen Depesche an das dort garnisonirende Leibgarde-Regiment Friedrich Wilhelm III. hervorgeht, eine Truppenreue statt. Ob Paraden und Manövers auch in anderen grösseren Städten die Reise unterbrechen werden, ist noch unbestimmt. Dagegen kann ich Ihnen aus verbürgter Quelle melden, dass nach der Abreise des Hofes die hier noch schwebenden politischen Prozesse möglichst schnell werden beendet werden. Die im Vergleich zu den prompten Erledigung derartiger Prozesse in Odessa, Kiew, Charkow etc. auffallende Verzögerung derselben am hiesigen Orte ist durch den Widerwillen des Kaisers gegen hier stattfindende Executionen während seiner Anwesenheit in der Residenz oder in der Umgegend hervorgerufen. Einen Beweis dafür lieferte die diesjährige Frühjahrstrasse des Hofes nach dem Süden, welche zwei Tage vor der Hinrichtung Duberwins angetrieben wurde. Die Rückkehr erfolgte am Tage nach der öffentlichen Urtheils vollstreckung an Shsolowjeff. Bis zum Beginn der zweiten Hälfte des September sollen nun die Voruntersuchungen soweit beendet sein, dass unmittelbar darauf die Zusammenziehung der Gerichte und die öffentlichen Gerichtsverhandlungen stattfinden können. Petersburg geht daher einer aufregenden Zeit entgegen, die indessen wenigstens den Correspondenten Ruhe bringen dürfte, denen die von Ihnen gemeldete anticipierte Verurtheilung des Dr. Weimar zum Tode durch den Strang noch jetzt einige Sorgen bereitet.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 29. Aug. Angelommen: Se. Excellenz Kriegsminister von Kamecke.

[Postalisches.] Vom 1. September ab treten für Pakete nach Großbritannien und Irland bei der Beförderung über Belgien (Ostende) ermäßigte Postsätze ein, über welche die Postanstalten auf Befragung Auskunft ertheilen.

— VII. Delegirten-Versammlung des Allgemeinen deutschen Musiker-Verbandes.] In der beutigen (leichten) Sitzung, welcher Musik-Director Thadewald-Berlin präsidierte, wurde nach Mitteilung zahlreich eingegangener Glückwunschräume die in der 1. Sitzung abgebrochene Diskussion über den Antrag des Vereins Berliner Musiker, betreffend die Abstimmung einer Petition an den deutschen Reichstag und das preußische Abgeordnetenhaus wegen Ausschlusses der Beamten vom Musikhause gegen Honorar, wieder aufgenommen. Herr Wechsler-Breslau spricht gegen den Antrag, weil gerade die Beamten dazu beigetragen haben, das Haus des Verbandes aufzubauen. Herr M. Schnell-München erklärt diese Frage als eine reine Localfrage. Herr Ebeling-Magdeburg plädiert gleichfalls gegen den Antrag als einen ausichtlosen. Herr Vogel-Breslau beweist auch den Erfolg des Antrages, der eine Ungerechtigkeit gegen 1/3 der Mitglieder des Verbandes involviere. Es sei gar nicht abzusehen, zu welchen Consequenzen der Antrag führe. Die Beamten hätten ihre Beiträge gezahlt und sie könnten vielleicht Rechtsansprüche an das Vermögen des Verbandes machen. Der Antrag könne auch zur Sprengung einzelner Local-Vereine führen. Herr Uppendorf-Berlin sieht in dem Antrage eine Ungerechtigkeit, sondern eine nothwendige Selbsthilfe gegen das Prinzip der Beamten, das Honorar für das Musikhause herabzusetzen. Herr Stüber-Berlin will gerade in der Annahme des Antrages das Interesse des Musikers gewahrt sehen. Herr Philipp-Berlin bedauert, dass sich seit Jahren in Berlin zwischen Beamten- und Berufs-Musikern eine Differenz herausgebildet habe, an der die Beamten-Musiker die Schuld getragen, weil diese eine unwürdige Concurrenz getrieben hätten. Herr Sigmann-Berlin bezeugt, dass die Beamten mit voller Freudigkeit dem Verband beigetreten seien. Würde der Antrag abgelehnt, dann würde eine Minorität zum Schaden der Majorität geschützt. Es müsse der Verband endlich mit offenen Bissi kämpfen und den Kampf der Nothwehr kämpfen. Der Verband wird durch die Annahme des Antrages nicht gesprengt werden. Herr Hartmann-Leipzig führt aus, dass außer von Berlin von keinem anderen Local-Verein Klage über Beamten-Musiker geführt worden sei. Der Antrag sei rein localer Natur und berechtige zu keiner allgemeinen Maßregel, zumal die Beamten-Musiker nicht selten die achtbarsten Mitglieder seien. Die Localvereine hätten die Pflicht, die wohlverworbenen Rechte der Beamten zu schützen. Der Local-Verein Berlin werde wohl die Macht besitzen, sich selbst Abhilfe zu schaffen. Herr Hahn-Königsberg spricht sich ebenfalls gegen den Antrag aus. Vor der Abstimmung wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Generall-Versammlung des Berliner Local-Vereins, in welcher der in Rede stehende Antrag gestellt worden, nicht ordnungsmäßig einberufen worden sei, so zwar dass die Beamten-Musiker an derselben nicht haben teilnehmen können. Es wurde darum der Antrag gestellt, den Berliner Delegirten 2 Stimmen, die auf die Beamten-Musiker kommen, zu entziehen. Der Antrag wird abgelehnt. Hierauf wird auch der Antrag der Berliner Musiker mit 17 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Herr Sigmann-Berlin erklärt, dass sich der Berliner Localverein an diesen Beschluss nicht binden, sondern in dieser Frage in ganz Deutschland weiter arbeiten werde. Der Vorsteher macht den Vorredner auf das Ungehörige seiner Erklärung aufmerksam, die eine Herausforderung des Verbandes resp. der Delegirten enthalte. Redner erklärt ferner, dass in der eben verhandelten Frage etwas gegebenen müsse, ihm (dem Redner) habe nur nicht die Form des Antrages der Berliner Musiker gefallen. Er werde versuchen, auf andere Weise der Frage näher zu treten. — Auf Veranlassung eines Antrags des Local-Vereins Braunschweig wird beschlossen, bei dem Ableben eines Verbands-Mitgliedes den Hinterbliebenen derselben eine Unterstützung von 50 M. aus der Verbandskasse

Delegirten-Versammlung wolle beschließen, eine Petition an den Deutschen Reichstag zu richten, wodurch derselbe veranlaßt werde, eine Gesetz bezw. Verordnung zu erwirken, wonach 1) Misskoncessions nur an qualifizierte, bezw. einer Prüfung unterstellt Bewerber zu ertheilen sind, und 2) die diesbezüglichen Behörden angewiesen werden, bei Ertheilung solcher Concessionen den edelsten. Bedarf derselben (conform der Ertheilung von Concessionen zu Apotheken, Schank-Betrieb &c.) zu berücksichtigen. Sämtliche Redner mit Ausnahme des Vertreters für Leipzig sprachen sich gegen den Antrag aus, der schließlich mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt wurde. — Bei der Revision des Verbandsstatus wird bezüglich der Einzelmitglieder des Verbandes der Passus des § 14, welcher von der Berichterstattung durch die Localvereine handelt, gestrichen und die Strafarbeit eines Mitgliedes bei Contractabridgen demselben Paragraphen hinzugefügt. Bei § 24 werden hinter den Worten: „Alle Beschlüsse des Präsidiums“ noch die Worte: „resp. des Central-Ausschusses“ hinzugefügt. In § 26 soll ausgeprochen werden, daß die Ueberküsse des Verbandsorgans je zur Hälfte in die Verbands- und Pensionskasse fließen. Da die Revision der Bücher und Kasse des Verbandsorgans auf der Delegirten-Versammlung mit Genauigkeit nicht bewältigt werden kann, so wird der § 22 so gefaßt, daß die Rechnungsbücher des Verbandsorgans, wie des Verbandes und Vermittelungsbüroaus alljährlich vor der Delegirten-Versammlung durch einen gerichtlichen Sachverständigen geprüft werden sollen. Die Zeitbestimmung des § 31 wird gestrichen, die Wahl wird den Localvereinen nach den dort maßgebenden Bestimmungen überlassen. § 32 werden die sechs Wochen auf acht Wochen erhöht und die ursprüngliche Fassung, daß die Delegirten-Versammlung höchstens nicht alle zwei Jahre stattfinden soll, wird wieder hergestellt. § 33, welcher von der Beschildung der Versammlung durch Delegirte handelt, so zwar, daß auf je 100 Mitglieder ein Delegirter kommt, jede 100 Mitglieder also eine Stimme repräsentieren, ruft nach einem Antrage von Herrn Hahn-Königsberg eine sehr lebhafte Debatte hervor. Schließlich wird der § 33 in seiner ursprünglichen Fassung beibehalten und zwei hierzu gestellte Anträge des Herrn Kürbss-Hannover und des Herrn Hartmann-Leipzig werden abgelehnt. Im § 35 werden bei a. hinter den Worten: „die Wahl des Präsidiums“ die Worte: „und des Central-Ausschusses“ hinzugefügt und ferner wird unter einem neuen Alinea k. bestimmt: „dem Rendanten Decharge zu ertheilen.“ Endlich wird im § 39 die Zeitbestimmung von 14 Tagen auf 4 Wochen erweitert. — Auf Grund des Berichts der Revisoren über die verschiedenen Verbandsklassen wird den Kassirem Decharge ertheilt. — Bei der Neuwahl des Präsidiums werden die bisherigen Mitglieder: Thadewaldt, Präsident, Deppe, Vicepräsident, Kopisch, Rendant, Petermann, König, Eichmann und Fries, Beifitzer, per Acclamation wiedergewählt. Die Gewählten wohnen sämtlich in Berlin. Von den Mitgliedern des Central-Ausschusses werden wiedergewählt die Herren: Lauterbach-Breslau, Hartmann-Leipzig, Bellmann-Dresden, Lüders-Hamburg, Ebeling-Magdeburg, neu gewählt: Schnöll-München, Hahn-Königsberg und Kürbss-Hannover. — Zum Schlus wurden Anträge und Zuschriften von unwesentlicher Bedeutung erledigt. — Nachmittags 3 Uhr findet zur Feier des 10jährigen Stiftungsfestes des Breslauer Musiker-Verbandes ein Festessen in der Loge „Friedrich zum goldenen Zepter“ statt. Der Abenddoppen wird im Garten bei Löwisch eingenommen. — Morgen (Freitag) unternehmen die Delegirten eine Fahrt nach dem Fürstensteiner Grunde.

s. Waldenburg, 27. Aug. [Die Montan-Industrie auf der Gewerbe-Ausstellung. — Verlängerung der Ausstellung bis zum 3. September.] Nachdem im Frühjahr d. J. erfolgten Tod des Küsters und 1. Mädchenlehrers, wurde vom Magistrat und der Schulen-Deputation beschlossen, die Lehrer von den Kirchenämtern zu trennen. Zugleich beschloß die kirchliche Gemeindeverwaltung, das Küster- und Cantoramt zu vereinigen. Die Genehmigung der Königl. Regierung zu dieser beabsichtigten Änderung ist nunmehr eingegangen. Gleichzeitig sind die benötigten Geldmittel zur Ausführung derselben als Staatsbeiträge bewilligt worden. Nachdem sich nur der zeitige Cantor und 2. Mädchenlehrer bereit erklärt hat, den vereinigten Küster- und Cantorposten zu übernehmen und demnach als Lehrer ausscheidet, soll nunmehr ein Lehrer und eine Lehrerin ange stellt werden, und zwar soll die jüngste Lehrerstelle neu besetzt werden, und bei den bereits vorhandenen Lehrern ein Aufrüden in höhere Gehaltsklassen stattfinden. Die neu zu besetzenden Stellen sind mit je 900 Mark dotirt. — Am gestrigen Tage hat sich eine Dienstmagd des Dominiuns Biennio mit einem Terzerol erschossen. Das Motiv zu dieser That ist nach einem bei der Leiche gefundenen Zettel wiederholte Schwangerschaft gewesen. Auf demselben stand außerdem noch vermerkt, daß das Terzerol am Fahrmarkt bierstellt, von der Verstorbenen gekauft worden sei. — Unser sonst so stilles Städtchen ist, ebenso wie die hiesige Umgegend, augenblicklich voller Militär, welches aus Anlaß der Herbstübungen hier einquartiert ist. Folge dessen herrscht ein reges Leben und Treiben in den Straßen, zumal auch die in der Nachbarschaft liegenden Soldaten die Stadt besuchen. — Die Ernte der Halmfrüchte ist in hiesiger Gegend zum größten Theil nunmehr beendigt und ist das Ergebnis ein zufriedenstellendes. — Die nunmehr eröffnete Jagd auf Hühner ergiebt nicht die Resultate, welche im vorigen Jahre erzielt wurden. Durch die Ungunst des Wetters im Frühjahr sind sehr viele Gelege zerstört worden. Auch Hasen sollen weniger vorhanden sein, als im vorigen Jahre. —

=k= Creuzburg, 27. August. [Die Feier des deutschen National-Festes am 2. September] ist durch das hiesige permanente Fest-Comitee bereit zur Kenntnis der Einwohnerschaft gelangt, und es findet dieselbe in folgender Art statt: Am Vorabende Abends 9 Uhr Bapstreich. Am Festtag Vormittags 9 Uhr in der evangelischen, katholischen Kirche, sowie in der Synagoge Festgottesdienst. Im königl. Lehrer-Seminar früh 8½ Uhr, in den einzelnen Klassen der evangelischen Schule um 8 Uhr, in der katholischen Schule um 10 Uhr, im Gymnasium um 11 Uhr Schulfreizeit. Um 11 Uhr Musik von Rathshurme. Nachmittags 1½ Uhr Formation des Festzuges, an welchem sich sämmtliche Schulanstalten incl. Seminar und Gymnasium, die verschiedenen Behörden, Corporationen, Vereine, Junungen und die übrigen Festgenossen beteiligen, auf dem Sedanplatz. Um 2 Uhr Auszug nach dem Schiebhausgarten resp. dem Sedanplatz durch die Mittelbatenstraße, den Ring und die Kralauerstraße. Am Sedanplatz die Festrede des Herrn Rector Zuro. Hierauf Spiele der Jugend auf den verschiedenen Plätzen in der Nähe des Schiebhauses und Bewirtung der armen Schüler. Am Abend Einmarsch und Auslösung des Bogen vor dem Rathause.

o Beuthen O.S., 28. August. [Der Sedanfeier. — Jüdisches Kantorat. — Oberschlesischer Kriegerbund. — Evangel. Schulhaus.] Bezüglich der Sedanfeier hat neuerdings der Sängerkantorat geschlossen, ein festliches Weissensein mit Vortrag patriotischer Lieder, im Vereinslocal (Bergfeller) zu veranstalten. Sonst machen sich, außer der bereits mitgetheilten Freilicht des Kriegervereins im Schiebhausgarten, besondere Bemühungen zu einer allgemeinen Feier des nationalen Gedenktages nicht bemerkbar, obgleich die Arrangements früherer Jahre die Möglichkeit einer allseitigen Theilnahme erwiesen haben. Dagegen werden, nach den Berichten zu urtheilen, in manchen Ortschaften des Kreises, sowie in den Nachbarstädten lebhafte Anstalten gemacht, die Erinnerung an den 2ten September 1870 öffentlich zu feiern und was zu erhalten. — Das an der Synagoge seit dem Weggange des Cantors Birnbaum erledigte erste Kantorat soll nunmehr bis spätestens 1. April 1880 wieder besetzt werden. — Der seit einigen Jahren bestehende Oberschlesische Kriegerbund, welchem ca. 30 Kriegervereine angehören, befindet sich, wie Reserate in den Localblättern erkennen lassen, in einer augenblicklichen Krisis. Die Urache dirite in dem Mangel einer geeigneten zentralen Leitung zunächst zu suchen sein, wenigstens wird Klage darüber gefügt, daß der Vorort, welchen zur Zeit der Kriegerverein in Ratibor repräsentirt, die Verbindung mit den Einzelvereinen nicht in der zum Bestande des Ganzen voraus nötigen Weise vliest. Im Interesse der gemeinsamen Angelegenheiten wäre es zu bedauern, wenn die schon erörterte Frage, von dem Gesamtverbund auf Einzelverbände zurückzugehen, zur thatächlichen Ausführung kommen sollte, aber läßt sich empfehlen, die Überleitung des Bundes in einmal bewährter Hand zu lassen und nicht von den zweifelhaften Chancen des wechselnden Vorortes abhängig zu machen. — Das alte evangelische Schulhaus wird gegenwärtig einer Renovation unterzogen. Die mit der Zeit unzulänglich gewordenen Räume derselben sollten in dem umgebauten Klostergebäude neben der evangelischen Kirche eine erwünschte Erweiterung erhalten, welche lediglich indessen immer noch im Zukünftigen verbleibt. In das neue Klostergebäude, dessen Fertigstellung zufällig mit dem Anfang des Rathausbaues zusammentraf, wurden bekanntlich die städtischen Bureaus verlegt, an deren Rückverlegung nach dem neuen Rathause kaum unter Jahresfrist gedacht werden kann.

-m- Königshütte, 26. Aug. [Der Schülerverein] macht anlässlich der Auflösung seiner Mitglieder zur regen Beteiligung an dem Sonntag, den 31. August, von 7—9 Uhr früh und von 1—3, alsdann von 4—6 Uhr Nachmittag stattfindenden sächsischen Sedan-Festlichen Nachstehens bekannt. „Nachdem Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen dem hiesigen Schülerverein die hohe Gnade zu Theil werden ließ, für das laufende Jahr 1879/80 die Würde des Pfingst-Schülertörniges anzunehmen, so ist durch Beschlussfassung angeordnet worden, den gläubischen Schülern mit der dem Vereine huldvoll von Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit dem Kronprinzen überlanden Erinnerungs-Medaille, die eine große Gerde unserer Königsseite stets bleiben wird, in Vertretung unseres hohen Gönners, den Cameraden mit einigen anderen Anträgen (darunter auch einer auf Revision der Generalversammlung recht bedeutsame Symptome)

von Uneinigkeit zu Tage treten lassen. 16 Mitglieder entfernten sich aus dem Local und man sagt, daß diese 16 Mann, active Turner, die den den den des turnerischen wie geselligen Lebens im Verein bildeten, formell ausscheiden und einen neuen Verein gründen wollen.

* Frankenstein, 24. Aug. [Zur Gerichts-Reorganisation. — Manöver] Die Subalternen des hiesigen Kreisgerichts haben nun auch zum Theil ihre künftige Bestimmung erfahren, und zwar verbleiben beim hiesigen Amtsgericht als Gerichtsschreiber die Gerichts-Sekretäre Böhm, Tänzer, Engelmeier und Burrmann, als Gerichtsdienner der Botenmeister Weigel und Executor Obst. Bereits sind die Executoren Wolf nach Hirschberg, Rupprecht nach Habelschwerdt, Müller nach Schmiedeberg als Gerichtsdienner. Als Gerichtsvollzieher ist hierher versetzt der Wachtmeister Schlinck aus Mühlberg. Zur Disposition gestellt sind Rechnungsraat Riedel, Sekretär Bleßing und Executor Egner. Die übrigen Subalternen sind noch in Ungewissheit über ihre spätere Verwendung. — Aus Anlaß der diesjährigen Herbst-Manöver werden die Truppen der 11. Division im hiesigen Kreise in der Zeit vom 1. bis 15. September folgendermaßen Cantonnements-Quartiere beziehen: In Frankenstein die Stäbe der 11. Division, der 21. Inf.-Brigade, der 6. Feld-Art.-Brig., der Stab der ersten Abteilung und die 3. Batterie des Schles. Feld-Art.-Regts. Nr. 6. Von 10. bis 12. liegt der Stab der 11. Division in Gnadenfrei, der 21. Infanterie-Brigade in Schönheide, der Stab der 6. Feld-Artillerie-Brigade am 13. in Langenbielau, desgleichen der Stab der ersten Abteilung und die 3. Batterie des Schles. Feld-Art.-Regts. Nr. 6; in Alt-Altmannsdorf der Stab und 12 Comp. des Fuß.-Bats. 51. Regts.; 3 Comp. Pionier-Bats. Nr. 6, 3. Esc. Drag.-Regts. Nr. 8; in Dittmannsdorf 2. Comp. Pionier-Bats. Nr. 6, 1½ Comp. 1. Bats. 51. Regts.; in Haunold ½ Comp. Fuß.-Bats. 10. Regts., ½ Comp. 1. Jäger-Bats. Nr. 6; in Kleutsch Stab des 10. Regts., Stab und 1. Comp. 1. Bats. 51. Regts.; in Lampersdorf Stab des 10. Regts., 1 Comp. vom 1. Bat. 10. Regts., 1 Comp. vom 2. Bat. 10. Regts., 3. reitende Batt. des Feld-Art.-Regts. Nr. 6; in Löwenstein Stab des Feld-Art.-Regts. Nr. 6, Stab des 51. Inf.-Regts., ½ Comp. vom 2. Bat. 51. Regts.; in Obersdorf 3. reit. Batt. Feld-Art.-Regts. Nr. 6, Stab und 4 Comp. vom Fuß.-Bat. 51. Regts.; in Peterwitz Stab und 3 Comp. vom 3. Bat. 38. Inf.-Regts. und 5. Esc. 8. Drag.-Regts.; in Progn. 6. Batt. Feld-Art.-Regts. Nr. 6, Stab und 3½ Comp. v. 2. Bat. 51. Regts.; in Quidenitz 1 Comp. vom 3. Bat. 38. Regts., 5. Escad. 8. Drag.-Regts.; in Randnitz Stab des 38. Regts., 1 Comp. vom 2. Bat. 38. Regts.; in Reisigagel ½ Comp. vom 1. Bat. 11. Regts.; in Rosenbach 1 Comp. vom 2. Bat. 38. Regts., 1 Comp. vom 2. Bat. 10. Regts., 3. Esc. 8. Drag.-Regts.; in Schönwald Stab und 4 Comp. vom 1. Bat. 1. Stab und 3 Comp. vom 2. Bat. 38. Regts.; in Schönheide Stab der 21. Inf.-Brig., Stab und 4 Comp. vom 1. Bat. 38. Regts., Stab und 4 Comp. vom Fuß.-Bat. 10. Regts., 2. Esc. 8. Drag.-Regts.; in Seitendorf 2. Esc. 8. Drag.-Regts., 1 Comp. 6. Jäger-Bats.; in Stolz Stab und 4 Comp. vom 2. Bat. 11. Regts., 1 Batt. vom Feld-Art.-Regt. Nr. 6.

Strohku-Fabrikanten Boßig, Sonntag, den 31. d. Ms. Abends 6½ Uhr, vom Schiebhaus nach dem Rathause in üblicher Pfingstfest-Feierlichkeit einzuführen.

* Antonienuhütte, 27. August. [Feuer. — Zur Grund- und Gebäudesteuer. — Erschlagen. — Gewitter.] Die am 25. des Abends gemachte kurze Mittheilung, daß es in Turco-Colone brenne, hat sich bestätigt. Ein dem daselbst gehörenden Bergmann-P. gehöriges Haus brannte bis auf die Mauer am fraglichen Abend nieder. Leider wurden die auf dem Boden befindlichen, einem dortigen Einwohner gehörigen Sachen, bestehend in Kleidungsstück und Wäsche, ein Raub der Flammen. Zu erwähnen dürfte hier noch sein, daß einem Fleischermeister aus Schleiwitz beide Füße durch die Räder einer Feuerspritze in der Nähe der Brandstätte nicht unerheblich verletzt worden sind. — Im Laufe des gestrigen Tages wurden sämtliche hiesige Gathäuser, sowie eine Anzahl von Privathäusern durch den Landrat des hiesigen Kreises, Herrn Grundmann, in Begleitung des Herrn Regierungsrats Neugäuer und des hiesigen Amts-Vorsteigers Herrn Reinholdt einer näheren Revision unterworfen. Wie es hier allgemein heißt, sollen die genannten Herren sich von der Wirklichkeit der in den Reklamationen angegebenen Gründen seitens einer Anzahl hiesiger Hausbesitzer wegen Ermäßigung der Grund- und Gebäudesteuern persönlich überzeugen haben wollen. — Man erzählt sich hier, daß in dem Groß-Baniow, etwa 5 Kilometer von hier, der dortige Hänsler K. vorgestern erschlagen worden sei, weil er des Abends beim Pflücken von Birnen in einem fremden Garten betroffen worden. Näheres über die übrigens verürgte Thatache konnte Referent bislang nicht erfahren. — In der verfloßenen Nacht entlud sich bei uns zwischen 1 und 2 Uhr ein ziemlich starkes Gewitter, begleitet von einem heftigen Regenguss.

Sprechsaal.

Eingesandt!

Einsender dieses erlaubt sich an die städtischen Behörden, unter deren Aufsicht die Liebischhöfe steht, die Anfrage:

- 1) Ist es gestattet, daß auf dem obersten Plateau des Thurmtes der Liebischhöfe von Seiten des dort stationirten Fernrohr-Verleihers die bekannte, jetzt in allen Gassen freiliegende Schmähchrift: „Den Manen des jüdischen Referendarius“, der auch noch die Aufschrift „frei zu lesen“ beigefügt ist, auf dem dort befindlichen Waarentische ausgelegt wird?
- 2) Sollte die Aufführungsbörde nicht in der Lage sein, jenen Mann über die ungehörliche Art und Weise zu belehren, die derselbe sich gegen Besucher des Thurmtes, deren Besuch diese Schrift nicht hat, erlaubt?

Der Einsender dieser Zeilen war gestern Zeuge der in diesen Fragen angeführten Thatsachen und ist erbtig, für die Wahrheit derselben einzustehen.

P. Q.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 28. Aug. [Börse.] Die Physiognomie der Börse war heute günstiger als in den letzten Tagen. Die Abhängigkeit von den fremden, besonders den Wiener Notirungen trat mit größerer Schärfe zu Tage. Die Beurtheilung des Semestral-Abwinkels der Creditanstalt wurde heute ebenso zu den Acten gelegt, wie die Wirkung der Ernte-Schätzungen, welche ebenfalls die Börse bestimmt hatte. Ob die Liquidation und heutige Prämien-Erläuterung einen bestimmten Einfluß geibt, läßt sich nicht erkennen, doch ist die Voraussetzung berechtigt, daß Deckungs-Ankäufe die Festigkeit unterstützen werden. Der Hauptgrund derselben lag in den Wiener Notirungen, welche fest und für Credit zu 254,25 und 254,50, um 2,70 G. besser lauteten, als gestern Mittag bekannt war. Auch mögen wohl die durch die Liquidation veranlaßten Verkäufe schon gestern zum Abschluß gekommen sein. Endlich waren politische Gründe bestimmt. Die Neuherbung des „Standard“, daß die Zusammenkunft Bismarcks mit Andrassy den Frieden bedeutete, wirkte günstig. Das Bleiben des letzteren im Amte wurde bestimmt vorausgesetzt. Die Lebhaftigkeit des Geschäfts stand nicht ganz im Einklang mit der Stimmung; nach unseren Ermittlungen entwidelt sich nur in Credit, II. Orientanleihe, ungarischer Goldrente und Rheinischen Eisenbahnauctionen ein grüblerisches Geschäft. Auch Franzosen waren ca. 4 Mt. steigend und gleichzeitig belebt, angeblich weil die Staats- und Elisabethbahn die Export-Tarife nach der Schweiz herabsetzen. Credit Anfangs von 44½ auf 44¾ weichend, überstiegen zu 445 den gestrigen 2 Uhr-Cours um 3 Mark. Auch andere Speculationspapiere waren höh, doch blieb das Plus des Courses allermeist auf kleinen Bruchteilen befrankt. Russische Noten gewannen 1½ Mt., Orient-Anleihen 0,40 bis 0,50 p.c. Die feste Haltung erhielt sich auch in der zweiten Hälfte der Börse. Die geschäftliche Thätigkeit war aber weniger lebhaft als zu Anfang der Börse. Die Course hielten ihre höchste Notierung aufrecht. Die Prämienklärung wirkte beständig. Überall fanden Coursverbesserungen statt. Franzosen waren sehr begehr und zogen stark an. Schluß seit. Inländische Anleihen, Pfand-, Rentenbriefe und Zootypen ruhig, erste Kleinigkeiten abgeschwächt. Deutsche und preußische Prioritäten sehr still und Course unverändert. Österreichisch-ungarische Prioritäten wiesen teilweise kleine Abschwächungen auf. Russische Prioritäten konnten meist gestrigene Course behaupten. Fremde Bonds und Renten seit, aber nicht lebhaft. Auswärtige Wechsel wenig verändert. Petersburger besser.

Im heutigen Prolongationsgeschäft bedangen Credit 0,40, Franzosen 0,40—0,50. Disconto-Commandant ¼—½, russische Noten 0,40 Report, Lombarden 0,80, Laura 1 pro Mille, russische Anleihen ¼, Ungarische Goldrente 0,20 und Orient-Anleihen 0,175 Depot.

Berlin, 28. August. [Producenten-Bericht.] Das Wetter ist feucht und warm, einigen bestätigenden Einfluß auf die Haltung unseres Marktes wirkt man ihm zuzuschreiben dürfen, aber für Roggen konnte eine Besserung daraus nicht beobachten, da es an Verkäufern, die dem höchst bescheidenen Begehr nach Terminen entgegienen, nicht fehlte. Weizen ist wenig begehrt, der Umsatz blieb befrankt. — Roggenmehl unverändert. — Weizen ist bei weitem weniger rege umgesetzt als gestern, die Käufer mußten sich indessen den um eine Kleinigkeit erhöhten Forderungen fügen. — Hafer loco unverändert. Termine still. — Rüßel ziemlich fest eröffnend, war auf nahe Lieferung später etwas reichlicher angefragt; im Ganzen hat wenig verändert. — Petroleum ruhig. — Spiritus wurde ein wenig stärker offerirt, hat denn auch den gestrigen Aufschwung nur mühsam beobachtet.

Weizen loco 183—215 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber — M. ab Wagen bez., per August 203 M. bez., per August-September 204—205 Mark bez., per November-December 206—207 Mark bez., per April-Mai 214½—216 M. bez. Gefündigt — Cr. Kündigungspreis — Mark — Roggen loco 128 bis 150 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. 129—130 Mark ab Kahn bez., neuer inländ. 140 bis 149 M. ab Bahn bez., alter inländischer — M. bez., per August-September 130—131 M. bez., per October-November 132—133 M. bez., per November-Dezember 133—135—133 Mark bez., per November-Mai 144½ Mark bez. Gefündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Hafer loco 130—156 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und weihrauchhafter 136—142 M. bez., russischer 134 bis 140 M. bez., pommerischer 144—147 M. bez., schlesischer 134 bis 145 Mark bez., böhmischer 138 bis 145 M. feiner weisser pommerischer 150—152 M. seiner weisser russischer 150 bis 152 M. ab Bahn bez., per August — M. bez., per October-November 132 M. bez., per October-November 132 M. bez., per November-December 131 M. bez., per April-Mai 138 M. bez. Gefündigt 1000 Centner. Kündigungspreis 138½ M. — Weizenmehl pro 100 Kilo übersteuert incl. Sad. Nr. 0: 29,00 bis 27,00 M. bez., Nr. 0: 27,00 bis 26,00 M. Nr. 0 und 1: 26,00 bis 24,50 Mark bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo. Nr. 0 und 1: incl. Sad. per August 19,00 Mark bez., per September-October 19,00 M. bez., per October-November 19,15 Mark bez., per November-December 19,30 M. bez. Gefündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Delfaaten: Winterrops loco 206—229 M. bez., per September-October 235 M. bez., per November-December 243 M. bez. — Winterrüben loco 200—225 Mark bez., per September-October 232 Mark bez., per November-December 240 M. bez. Rüßel pro 100 Kilo loco mit Fack — M. bez., ohne Fack 51,6 Mark bez., per August 52,1—52—52,1 Mark bez., per August-September 52,1 bis 52,5 Mark bez., per September-October 52,1—52—52,1 Mark bez., per October-November 52,8—52,7 Mark bez., per November-December 53,2 bis 53,1 M. bez., per December-Januar — Mark bez., per April-Mai 55,1 bis 55,3 bis 55,1

